

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz
Hauptredaktion Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beizeile (Masse's Beilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (In), J. W. Mohr
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 268

Donnerstag, den 18. November 1926

78. Jahrgang

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Amlicher Teil.

Bekanntmachung.

Offenlegung von Einheitswerten für Grundstücke.

Listen über die vom Grundwertauschuss auf den 1. Januar 1925 festgestellten Einheitswerte von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben, sowie Grundstücken werden für den Bezirk des Finanzamts Kamenz

in der Zeit vom 20. November bis 20. Dezember 1926

an hiesiger Amtsstelle, Zimmer 29, von früh 8 Uhr bis 12 Uhr öffentlich ausgelegt.

Kamenz, den 16. November 1926.

Finanzamt.

Auf Blatt 380 des Handelsregisters, die Firma **Schurz & Schade in Hauswalde** betreffend, ist heute eingetragen worden:

Der Sitz der Gesellschaft ist nach Arnsdorf verlegt worden.

Amtsgericht Pulsnitz, den 13. November 1926.

Kirchensteuer 1926.

In diesen Tagen werden die Kirchensteuerbescheide über die Kircheneinkommensteuer für das Jahr 1926 zugestellt.

Erhoben werden

- von den Mitgliedern der ev.-luth. Kirche je Termin 2 Pfg. als Landeskirchensteuer und 5 Pfg. als Gemeindefkirchensteuer, insgesamte 7 Pfg. auf je 1 M des maßgebenden Einkommensteuer- oder Pauschbetrags;
- von den Angehörigen der röm.-kath. Kirche für jeden Termin 7 1/2 Pfg. auf je 1 M des maßgebenden Einkommensteuer- oder Pauschbetrags.

Es wird nachgelassen, die Steuer in zwei Raten — am 31. Dezember 1926 und 15. März 1927 — an unser Stadtsteueramt abzuführen.

Pulsnitz, am 16. November 1926.

Ev.-luth. Kirchenvorstand Pulsnitz.

Der Stadtrat.

Röm.-kath. Pfarramt Ostro.

Das Wichtigste

Vor dem amerikanischen Repräsentantenhaus machte der Unterstaatssekretär im Schatzamt einen Vorschlag über die Rückgabe des deutschen Eigentums.

Die Verhandlungen über die Aufhebung der Militärkontrolle werden beschleunigt.

Der englische Bergarbeiterstreik geht dem Ende zu. In allen Bezirken wird die Arbeit allmählich wieder aufgenommen.

Auf einem Bankett der Budapestter Bürgerpartei forderte Graf Bethlen in einer Ansprache zur Bildung eines einheitlichen Bürgerblocks gegen die Sozialisten auf.

Furchtbare Stürme, begleitet von starken Wolkenbrüchen, haben in Kalifornien und Virginien große Verheerungen angerichtet.

Ueber New York ging, wie amtlich gemeldet wird, ein schweres Unwetter nieder, bei dem 10 Personen getötet und 5 verletzt wurden.

Professor Franz Exner, einer der bedeutendsten Physiker Oesterreichs, ist im Alter von 77 Jahren gestorben.

Der Hauptausschuss des österreichischen Nationalrates genehmigte am gestrigen Mittwoch eine Verordnung der Generalpostdirektion, durch welche die Post-, Telegramm- und Telefongebühren um durchschnittlich 10 bis 15 Prozent erhöht werden.

Bei seinen Mitteilungen im Budgetauschuss des Prager Abgeordnetenhauses am Dienstag erklärte der tschechoslowakische Kriegsminister, daß es nicht möglich sei, den Heeresdienst von 18 Monaten herabzusetzen.

Wie aus Chicago gemeldet wird, stieß am Mittwoch nachmittag das Auto der rumänischen Prinzessin auf dem Wege nach Indianapolis mit einem Geschäftszugwerk zusammen. Die rumänische Königs-Tochter mußte ins Hospital gebracht werden.

Die französische Kammer legte heute ihre Beratungen über das Landwirtschaftsbudget fort. Im Laufe der Debatte stellte Poincaré in Verantwortung eines Antrages, der die Auszahlung von Unterstützungsgeldern und Stipendien an landwirtschaftliche Unternehmungen vorschlug, die Vertrauensfrage. Die Kammer stimmte für das Vertrauensvotum mit 330 gegen 135 Stimmen.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat die Regierung gestern abend erklärt, daß es gelungen sei, die revolutionäre Erhebung niederzuschlagen. Neuere Nachrichten scheinen indes anzudeuten, daß die Kämpfe in gewissen Distrikten noch andauern. General Obregon kämpft mit 30 000 Mann in Sonora gegen die Yaqui und hat eine Indianerabteilung von 500 Mann vernichtet.

Polens Erregung über den Ausfall der oberschlesischen Wahlen

Der Achtstundentag vor dem Reichsgericht — 100 Millionen Ueberschuß der Reichsbahn infolge des englischen Kohlenstreikes — Eine Sonderkonferenz in Genf — Die Lage auf Java Abrüstungsdebatte im englischen Oberhaus

Ungültigkeitserklärung?

Warschau. Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Ostoberschlesien hat die schlimmsten Befürchtungen der polnischen Nationalisten übertrroffen. Diese Grundstimmung kommt auch in der polnischen Presse zu sehr lebhaftem Ausdruck.

Das Warschauer nationaldemokratische Blatt beginnt seine Betrachtungen mit der Feststellung, daß das, was sich am letzten Sonntag in Oberschlesien abgespielt hat, eine innerpolitische Angelegenheit sei, und fügt hinzu, niemand, besonders aber nicht Berlin, sei es gestattet, aus den oberschlesischen Wahlen irgendwelche Folgerungen zu ziehen. In seinen weiteren Ausführungen versucht das Blatt, das Wahlergebnis auf den Bruch der polnischen Einheitsfront — wobei ganz außer Acht gelassen wird, daß auch die Deutschen auf mehreren Listen gewählt haben — zurückzuführen, sowie auf einen angeblich von seiten der Verwaltungen der deutschen Guben auf die Arbeitererschaft ausgeübten Terror. Den Rest der Schuld trägt dem Blatt zufolge der von dem Regime Pilsudski ernannte Wojwode.

Das Organ Pilsudskis schreibt die Schuld an der Niederlage der fünfjährigen Mißwirtschaft des früheren Systems zu, dessen entscheidender Vertreter Kosofantky war. Das Ergebnis des Heldenmuts der Luftständischen und der blutigen Aufopferungen des arbeitenden Volkes Oberschlesiens ist, sagt das Blatt, in bedeutendem Maße verkannt worden.

Der Expresz Poranny meldet, es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Gemeindevahlen in Ostoberschlesien, insbesondere in Industribezirk von Kattowitz und Königshütte, wo die Polen eine schwere Niederlage erlitten, für ungültig erklärt würden. Die Ungültigkeitserklärung könne auf Grund eines alten preussischen Gesetzes erfolgen, wenn das Ergebnis so ausfalle, daß es dem Staate schaden würde.

In den Kreisen des polnischen Sejm hat das Ergebnis der oberschlesischen Gemeindevahlen sehr lebhaftes Echo gefunden. Es verlautet, daß der Sejm in dieser Angelegenheit eine Interpellation einbringen werde. Der offizielle Bericht über das Ergebnis der Wahlen wurde in Warschau noch nicht bekannt.

Der Achtstundentag vor dem Reichsgericht.

Was ist unter „Notlage“ bei freiwilliger Mehrarbeit von Angestellten zu verstehen?

Leipzig. Zu einer für das gesamte Wirtschaftsleben, insbesondere für Arbeitgeber außerordentlich wichtigen Frage

hat das Reichsgericht am 16. November d. J. Stellung genommen. Es handelt sich um die Anwendung der Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember 1923, die die achtstündige Arbeitszeit vorschreibt. Die Direktoren einer Leipziger Großbank waren wegen Vergehens gegen die Arbeitszeitverordnung angeklagt, weil auf ihre Anregung 35 Angestellte anlässlich der Semesterabschlussarbeiten im Juni 1925 Ueberstunden geleistet haben.

Das Landgericht Leipzig hat die Angeklagten freigesprochen, indem es annimmt, daß die Angestellten die Mehrarbeit freiwillig und unter „besonderen Umständen“ geleistet haben, was nach § 11 Absatz 3 der Verordnung erlaubt sei. Gegen dieses Urteil hat die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht eingelegt mit der Begründung, daß den Angeklagten bekannt gewesen sei, daß die begründete Furcht vor dem allgemeinen Abbau bestimmend auf die Angestellten wirkte, die verlangte Mehrarbeit zu leisten. Deshalb sei die Mehrarbeit als unter einem Zwange geleistet anzusehen.

Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hat das Urteil des Landgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Regelung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Zur Begründung dieses Urteils wurde ausgeführt, daß das Landgericht mit Recht angenommen habe, daß eine freiwillige Mehrarbeit vorliege, denn der Begriff der freiwilligen Mehrarbeit stehe im Gegensatz zu der Mehrarbeit, die durch Gesetz oder Tarifvertrag geregelt ist. Dagegen ist nicht genügend geprüft, ob eine „Notlage“ im Sinne der Verordnung über die Arbeitszeit gegeben ist. Das Landgericht hat deshalb erneut zu entscheiden, ob die Angestellten durch eine Notlage gezwungen waren, die Mehrarbeit zu leisten, indem sie bei Verweigerung der Mehrarbeit mit ihrer Entlassung rechnen mußten.

Reichsbahn-Bilanz 1926.

100 Millionen Ueberschuß infolge des englischen Kohlenstreiks.

Auf einem Bierabend im Verwaltungsgelände der Reichsbahn hielt Generaldirektor Dorpmüller eine Rede, in der er ausführte:

Oberstes Gesetz muß für uns immer eine geregelte Finanzverwaltung bleiben. Die verhältnismäßig günstige Reichsbahnbilanz machte den Plan der Mobilisierung der

Bilanz des englischen Bergarbeiterstreiks.

Wenn der Schein nicht trügt, so wird der englische Bergarbeiterstreik noch in dieser Woche zu Ende gehen. Die Bezirksvereinigungen der Bergleute werden entscheiden, ob sie, wie von der Delegiertenkonferenz empfohlen wurde, die von der Regierung vorgelegten Regelungsvorschläge annehmen. Der Regierungsvorschlag sieht Bezirkstarife vor, die den wirtschaftlichen und lokalen Eigenheiten der einzelnen Kohlenbezirke den nötigen Spielraum lassen und den Bergarbeitern im wesentlichen einen nationalen Minimallohn sichern. Die

